Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 21 — Olpe, Freitag, den 25. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Die Sachverständigen kommen nach Berlin

Es liegt von den Mitgliedern des gegenwärtig in Paris tagenden ersten Sachverständigen-Ausschusses, die die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen haben, schon eine offizielle Mitteilung vor, daß sie in Berlin selber sich zu orientieren wünschen. Diese unmittelbare Information der ausländischen Sachverständigen entspricht auch den Wünschen der Reichsregierung. Es ist den Sachverständigen schon zuvor erklärt worden, daß ihnen in Berlin jede wünschenswerte Auskunft, und zwar unmittelbar von den beteiligten Ministerien, über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage gegeben wird und daß ihnen ein Einblick in alle Akten und Bücher vollkommen frei gestellt wird.

Die Sachverständigen werden aber in Berlin auch über das Problem der Begründung der Goldnotenbank unmittelbar sich orientieren. Grundsätzlich hat sich mit einer überraschenden Schnelligkeit der erste Sachverständigen-Ausschuß nach dem Referat des Reichsbankpräsidenten **Schacht** in Paris für die **Notwendigkeit der Gründung einer derartigen Goldnotenbank ausgesprochen.** Man hat auch ganz unzweideutig zu verstehen gegeben, **daß das Ausland im weitesten Umfang zur unmittelbaren Beteiligung an dieser Goldnotenbank bereit ist.** Ohne jetzt schon Einzelheiten zu fixieren, hat der Ausschuß indessen bereits erkennen lassen, daß für einen solchen Fall deutscherseits gewisse Gegenleistungen gegeben werden müssen. Man erblickt sie offenbar darin, daß der Hauptteil des Gold- und Devisenfonds der kommenden Goldnotenbank von Deutschland selber zur Verfügung gestellt wird, und daß zu diesem Behufe die in den Händen der Wirtschaft, vor allem der Banken und der Industrie, befindlichen Metall-Reserven und Rentenzahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Man rechnet auch weiter darauf, daß das im Ausland befindliche deutsche Kapital für diesen Zweck zurückfließt.

Mit der grundsätzlichen Zustimmung des Sachverständigen-Ausschusses zur Gründung dieser deutschen Goldnotenbank ist eine sehr wichtige Entscheidung getroffen. Sie wird verstärkt durch die bereits vorliegende Erklärung des Sachverständigen-Ausschusses, daß eine solche Bank Bestandteil des Gesamtplans bilden wird, der der künftigen Ausgleich des Budgets und die Stabilität der deutschen Währung zum Ziel hat. Diese Einstellung entspricht durchaus der unseren, und wer die Dinge real und politischen unvoreingenommen als lediglich rein wirtschaftliche betrachtet, wird zu einer anderen Auffassung gar nicht kommen können. Die deutschen Bemühungen zur Errichtung einer Goldnotenbank sind seit Beginn der Stabilisierungs-Aktion vom November mit stärkstem Nachdruck betrieben worden, und die Arbeiten des damaligen Währungskommissars und jetzigen Reichsbankpräsidenten Schacht, die sich auf die Schaffung einer starken Gold- und Metall-Reserve als Sfundung dieser neuen Goldbank erstrecken, haben von der Reichsregierung die nachdrücklichste Unterstützung erfahren. Reichsbankpräsident Schacht ist der Auffassung, daß es möglich sein müßte, diese Goldnotenbank schon sehr bald, vielleicht schon Ende März zu etablieren. Es wird nun darauf ankommen, welche speziellen Voraussetzungen die Sachverständigen bei ihrer Berliner Anwesenheit für die Mitwirkung des ausländischen Kapitals bei Schaffung dieser Goldnotenbank stellen werden. Indessen glauben wir darüber unterrichtet zu sein, daß die noch vorliegenden Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sind. Die Wahlkraft der gegenwärtigen Stabilität kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden und zu ihrer Erhaltung darf uns kein noch so großes Opfer, wenn es nur irgendwie tragbar ist, zu schwer sein.

Frankreichs Justizschande

Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer über die Gefangenentragödie an Rhein und Ruhr.

Von allen Opfern, die der Ruhrkampf gefordert hat, sind neben den Blutopfern die der Ausweisungen und der Verurteilungen am schwersten und grausamsten. Wir hatten Gelegenheit, gerade über die Frage der Verurteilungen aus Anlaß des Ruhrkampfes die Ansicht des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer-Leipzig zu erfahren. Und zwar legte er Wert darauf, sich rein juristisch zu dieser Frage zu äußern. Die Zahl der im Ruhrgebiet von Militärgerichten der besetzenden Mächte Verurteilten beträgt rund 4000. Es handelt sich in der Hauptsache um höhere Beamte der Behörden und der Wirtschaft, um mittlere Beamte, Gewerbetreibende und Arbeiter. Die verhängten Strafen sind von anormaler Höhe. Die Urteilssprüche der Militärgerichte sind zu prüfen nach dem deutschen, dem französischen und dem internationalen Recht.

Die Beurteilung nach dem deutschen Recht verlangt die Prüfung der Vorfrage nach der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung. **Ist nämlich die Ruhrbesetzung unberechtigt, dann entfällt auch das Recht der Bestrafung von Bewohnern des widerrechtlich besetzten Gebietes durch Gerichte der Besatzungsmächte.** Frankreich leitet zwar ein Besetzungsrecht im Ruhrgebiet aus dem § 18 zu Anlage 2 des Teils 8 des Versailler Vertrages her, der die Maßnahmen umschreibt, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt sind, „falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nachkommt." Es werden aber **lediglich wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßregeln** angegeben, während von **militärischen Maßnahmen nicht auch nur andeutungsweise darin die Rede ist.** Die militärischen Maßnahmen, die gegen Deutschland in Anwendung gebracht werden können, sind in Teil 14, Abschnitt 1, Artikel 430 des Versailler Vertrages genau bestimmt. Es dürfen danach nämlich, sofern „Deutschland sich weigert, die Gesamtheit oder einzelne der ihm nach dem gegenwärtigen Vertrag obliegenden Wiedergutmachungsverpflichtungen zu erfüllen", lediglich „die im Artikel 429 genannten Zonen (linkes Rheinufer mit den Brückenköpfen von Mainz, Koblenz und Köln) sofort wieder durch alliierte und assoziierte Streitkräfte ganz oder teilweise besetzt werden." Eine Ausdehnung der Besatzungszonen, wie sie im Artikel 429 in ihren Grenzen genau festgelegt sind, ist in dem Versailler Vertrag überhaupt nicht vorgesehen, deshalb ist die Ausdehnung um Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort wie besonders die Besetzung des Ruhrgebiets vertragswidrig.

Die Ruhrbesetzung entbehrt tatsächlich jeder rechtlichen Grundlage und damit entfällt jede Berechtigung zur Verurteilung von Bewohnern dieses Gebietes durch Gerichte der Besatzungsmächte. Diese Rechtsauffassung haben sowohl der bekannte Utrechter Jurist Professor Dr. de Lauter, wie auch der bedeutende englische Wirtschaftspolitiker Dr. Keynes in sehr bestimmter und scharfer Weise zum Ausdruck gebracht. Das klassische Zeugnis für die Unrechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung aber bietet die Note der englischen Regierung vom Juni 1923 an Frankreich, die das Rechtsgutachten der englischen Kronjuristen über diese Frage wiedergibt. Damit ist die Frage beantwortet, wie weit die betreffenden Mächte berechtigt waren, durch ihre Militärgerichte deutsche Landsleute verurteilen zu lassen.

Aber selbst, wenn die Franzosen zur Ruhrbesetzung ein Recht hätten, dann steht ihnen sowohl nach dem Versailler Vertrag wie nach dem Rheinlandabkommen kein Recht zur Aburteilung deutscher Landesbewohner zu, sofern es sich nicht um Vergehen oder Verbrechen gegen die Person oder das Eigentum der besetzenden Macht handelt. Selbst das Waffenstillstandsabkommen, das von weitesten in die Rechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete eingriff, beließ die linksrheinischen Gebiete unangetastet der Verwaltung der örtlichen Behörden lediglich unter Aufsicht der besetzenden Mächte. Daraus folgert, daß **die besetzenden Mächte eine Gerichtsbarkeit selbst in den rechtmäßig besetzten Gebieten nicht ausüben dürfen,** es sei denn daß Vergehen und Verbrechen gegen Person und Eigentum der Besatzung vorliegen.

Nach **französischem** Recht kommt evtl. das französische Militärstrafrecht in Frage. Dieses macht die Aburteilung von Bewohnern besetzter Gebiete abhängig von zwei Voraussetzungen: 1. muß es sich um feindliches Gebiet handeln — Poincare hat in seiner Note vom 10. Januar 1923 ausdrücklich erklärt, daß es sich bei der Ruhrbesetzung um eine „rein militärische, also friedliche Aktion" handelt; 2. sind die Delikte, die einer Aburteilung von Landesbewohnern feindlicher Gebiete durch französische Militärgerichte unterliegen, einzeln genau aufgeführt. Delikte aber, derentwegen Aburteilungen im Ruhrgebiet erfolgt sind, werden nicht ein einziges im französischen Militärstrafgesetzbuch angegeben. **Es ist dem obersten französischen Gerichtshof, dem Kassationshof in Paris, offenbar äußerst schwer gefallen, die von französischen Militärgerichten über Deutsche im Ruhrgebiet verhängten Strafen zu bestätigen. Er hat sich** jedoch zu einer Auslegung der betreffenden Paragraphen hingegeben, die man von diesem höchsten französischen Gericht nicht hätte erwarten sollen, indem es erklärte, daß die Militärgerichte für jedes Delikt zuständig seien, das den militärischen Interessen schädlich ist.

Diese Auslegung verstößt in gröbster Weise **gegen das internationale Recht,** wie es in der Hager Landkriegsordnung von 1899 festgelegt ist. Dieses Recht läßt keine Verurteilungen von Bewohnern eines okkupierten Landes, selbst während des Krieges nicht, zu, die sich weigern, den feindlichen Armeen Dienste zu leisten, die gegen die Interessen des eigenen Landes verstoßen, da es **keinem** Landesbewohner **zugemutet werden darf, zum Verräter gegen sein eigenes Vaterland zu werden.** Wenn man sich die Urteile der französischen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet ansieht, so findet man, daß es sich fast ausschließlich um Urteile handelt gegen solche Bewohner des Ruhrgebietes, die sich geweigert hatten, Verräterdienste gegen ihr deutsches Vaterland zu leisten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sowohl nach deutschem wie nach französischem Recht die Ausübung der Gerichtsbarkeit der besetzenden Mächte gegen Einwohner der besetzten Gebiete unzulässig ist. Trotzdem wurden noch 4000 Deutsche ohne Rechtsgrundlage z. T. mit geradezu unmenschlichen Strafen belegt, und schmachteten, ja schmachten teilweise noch heute in den Gefängnissen, als Opfer französischer Macht- und Gewaltansprüche, die in der gesamten internationalen Juristenwelt Entsetzen und Empörung hervorgerufen. Dr. Ebermayer verwies auf einige Urteile neutraler und sogar alliierter Juristen, die in schärfster Weise sich gegen die Verletzung anerkannter Rechtsgrundsätze durch Frankreich und Belgien an Rhein und Ruhr gestellt wurden, zurückgedrängt worden. Es sei aber zu hoffen, daß sich recht bald das alte Wort erfüllt, auch hinsichtlich der deutschen Ruhrgefangenen:

Recht muß Recht bleiben!

Deutschland und der Völkerbund.

Der Völkerbund, Deutschland und Rußland — Rußland beleidigt. — Die Absichten Macdonalds. — Die Trauer um Lenin.

Deutschland und Rußland in den Völkerbund?

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 25. Jan.

Wie der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, besuchte gestern vor der abgehaltenen Kabinettssitzung Macdonald das Foreign Office, wo er eine längere Unterredung mit dem ständigen Unterstaatssekretär Sir Erig Grewe hatte. Dem Berichterstatter zufolge beabsichtigen Macdonald und seine Kollegen auf den bisherigen Einschluß Deutschlands sowohl als auch Rußlands in den Völkerbund hinzuwirken.

Das beleidigte Sowjetrußland.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 25. Januar.

Wie der Petit Parisien mitteilt, hat der beauftragte Handelsvertreter der russischen Sowjetregierung in Paris, **Skobelew**, endgültige Anweisungen erhalten, sämtliche von ihm geschaffenen Einrichtungen in Paris zu liquidieren. Die Liquidation schließt die Kündigung sämtlicher in der letzten Zeit zustande gekommener Kontrakte ein, die zum Teil bereits in Ausführung begriffen sind. Skobelew zahlt zurzeit die durch die Kontraktbrüche erforderlich gewordenen Entschädigungen aus. Er wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in etwa 14 Tagen mit dem gesamten Apparat in London befinden.

Macdonalds Absichten.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 25. Januar.

Der Parlamentsberichterstatter des Daily Expreß schreibt, Macdonald werde eine Aktion unternehmen, um verschiedene Europa betreffende Fragen zu behandeln. Hierzu gehört die Frage der **Reparationen und der Politik der französischen Regierung, sowie die Anerkennung Rußlands.** Besondere Aufmerksamkeit wird der Frage der **Eisenbahnen im Kölner Gebiet und der deutschen Forderung auf Prioritäten für den Lebensmittelkredit** gewidmet werden.

Die Trauerfeierlichkeiten für Lenin.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Moskau, 25. Januar.

Die Trauerfeier für Lenin ist auf Sonnabend festgesetzt worden. Die Chefs aller hiesigen Missionen versammeln sich auf der deutschen Botschaft unter dem Vorsitz des Grafen Brockdorff-Rantzau, der auf Wunsch der russischen Regierung die Führung des diplomatischen Corps übernahm, um die Form der Beteiligung der ausländischen Missionen an den Beisetzungsfeierlichkeiten zu beraten.

Die Separatisten in Speyer.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Köln, 25. Januar.

Die KZ. meldet aus Speyer, die Separatisten, die während des Besuches von Clives ohne Bewaffnung erschienen, tauchen wieder **schwer bewaffnet** mit Gewehren neuerer Systeme in den Straßen auf. Sie haben ihre Kontrolltätigkeit an den Ausgängen der Straßen wieder aufgenommen.

Preußischer Landtag.

Berlin, 24. Jan.

Vizepräsident Dr. **von Krieg** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten und erklärt zunächst, die gestrige Abstimmung über den deutschnationalen Antrag auf **Aussetzung der Erhebung der Steuern von den Steuerpflichtigen für ungültig,** da vorher die Absetzung von der Tagesordnung beschlossen war.

Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Sobotka (komm.) auf Verstaatlichung der Bergbaubetriebe abgelehnt. Sodann genehmigte das Haus die Verordnung über die Erhebung der Stempelsteuer nach Goldmark. Nach Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen wandte sich das Haus zur zweiten Beratung der Urnräge der Koalitionsparteien über die Festsetzung der allgemeinen Gemeindewahlen und über die Regelung verschiedener Punkte des **Gemeindewahlrechts.** Nach einem früheren Beschluß des Landtags sollen die **Gemeindewahlen spätestens am 2. Mai stattfinden,** und zwar soll diese Regelung auch für Berlin gelten. Ferner soll das Wahlrecht der Gemeindevertretungen die nach dem 1. 1. 23 neu gewählt sind, 4 Jahre nach den letzten **Neuwahlen Gültigkeit haben.** Das Wahlrecht der jetzigen Amtsinhaber soll mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlöschen und Neuwahlen spätestens am 1. Juli 1924 stattfinden.

Abgeordneter **Leid** (Soz.) begründet die Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten auf Streichung des vom Ausschuß beschlossenen Artikels, wonach in Groß-Berlin zusammen mit den Gemeindewahlen auch die Berliner Wahlen zu den Gerichtsvertretungen stattfinden sollen. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag mit 153 gegen 92 angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz genehmigt, nachdem von dem Redner der bürgerlichen Parteien an das Staatsministerium das Ersuchen gerichtet worden ist, der Notlage der Gemeinden nach Möglichkeit entgegenzukommen. Zur Regelung über die Zahlung der Steuerabgabe auf der Grundlage der Goldmark äußert der Abgeordnete **von der Osten** (Dtn.) **schwere Bedenken** im Hinblick auf die **katastrophale Notlage der Landwirtschaft.** Abgeordneter Jakobi (Zentr.) schließt sich diesen Bedenken an.

Das Haus genehmigt die Verordnung sowie eine Reihe kleinerer Vorlagen.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr.

Der Zusammentritt des Reichstags

wird, wie man uns aus parlamentarischen Kreisen mitteilt, nicht vor dem **12. Februar** stattfinden. Das ist aber auch der äußerste Termin, denn am 15. Februar läuft das Ermächtigungsgesetz ab. Der Ältesten-Rat wird am 30. Januar zusammentreten, um sich endgültig über die nächste Sitzung schlüssig zu werden.

Der auswärtige Ausschuß ist ebenfalls zum 30. Januar einberufen worden, um die nach der belgisch-französischen Antwort auf die deutschen Vorschläge geschaffene Lage zu beraten.

Kabinettsrat über die Rheinlandsfrage.

Nach einer Mitteilung unseres Berliner parlamentarischen Mitarbeiters wird am Samstag das Reichskabinett wichtige Beratungen über die Angelegenheit der besetzten Gebiete, insbesondere über die Rheinlandsfrage halten. Den Erörterungen von denen man in unterrichteten Kreisen annimmt, daß sie zu bedeutsamen Entscheidungen führen wird ein ganzer Beratungstag gewidmet

(::) Der Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris

ist nun auch in einer offiziellen Kabinettssitzung erfolgt, nachdem Sonderbesprechungen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister vorangegangen waren. Das Kabinett nahm den Bericht entgegen, ohne weitere Beschlüsse zu fassen. Zu solchen wird die Reichsregierung erst schreiten können, wenn das Ergebnis der Beratung des ersten Sachverständigen Ausschusses vorliegt. Der Botschafterrat von Hoesch wird in einigen Tagen voraussichtlich als offizieller deutscher Botschafter nach Paris zurückkehren.

Das Kabinett Ramsay Macdonald

WTB London, 24. Jan. Die Minister der neuen Arbeiterregierung leisteten gestern bei einem im Buckinghampalast abgehaltenen Kronrat den Eid. Der Prinz von Wales wohnte dieser Handlung bei. Alle bisher ernannten 20 Minister sind zu einem **Kabinettsrat** in Downingstreet zusammenberufen worden. Kolonialsekretär Thomas ist aus Staatsgründen vom Sekretariat des nationalen Verbandes der Eisenbahner zurückgetreten.

Arthur **Ponsonby** ist zum Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ernannt worden. **Miß Bonfield** wurde zum Parlamentssekretär des Arbeitsministeriums ernannt.

Evening Standard zufolge umfaßt das Programm, dem das Kabinett sofort seine Aufmerksamkeit zuwenden wird, das Arbeitslosen- und Wohnungsproblem sowie die Regelung der mitteleuropäischen Fragen.

)(Neue päpstliche Spende.

Nachdem der Papst dieser Tage schon mehrere Millionen Lire und große Mengen von Bedarfsgegenständen für die Armen Deutschlands **ohne Unterschied der Konfession** zur Verfügung gestellt hatte, ist neuerdings eine weitere Spende von einer Million Lire dem Nuntius Pacelli überwiesen worden. Die Verteilung wird von der Zentral-Sammelstelle Paderborn durchgeführt.

Zum Tode Lenins.

WTB Berlin, 24. Jan. **Anläßlich des Ablebens Lenins drückte der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Maltzan, dem hiesigen Botschafter der Union S. S. R. die Teilnahme der deutschen Regierung aus. Außerdem wurde der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt, das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung dem Vorsitzenden des Zentralvollzugsausschusses des Bundes der S. S. R., Kalinin, und das Beileid des Reichsministers Stresemann und des Staatssekretärs v. Maltzan dem Volkskommissar für Auswärtiges, Tschitscherin, auszudrücken.**

(.) Die Nachprüfung der Beamtenbezüge.

Wie wir hören, hat der Reichspostminister und Minister für die besetzten Gebiete für die Besoldung der Beamten ergangenen Verfügungen seiner Ministerien eine Revision angeordnet. In der Tat sind insbesondere die Bezüge für die unteren Beamtengruppen derart, daß mit ihnen unmöglich auszukommen ist. Wenn auch die jetzigen Gehaltsregelungen nur für eine Uebergangszeit bestimmt sind, so darf es doch nicht dahin kommen, daß die Beamten-Einkünfte unter das Existenz-Minimum sinken.

☐ Bezirkstagung des Lebensmittelhandels.

Unter Leitung des Kaufmanns Karl **Pfannkuchen**-Barmen fand bei überaus zahlreicher Beteiligung ein Bezirkstag des „Westland", Rhein.-West. Landesverbandes der Kolonialwarenhändler in Köln statt, zu dem auch Vertreter verschiedener Behörden u. a. der Staatsanwaltschaften Köln und Bonn erschienen waren. In seinem Vortrage über „Der Lebensmittelhandel im Ringen um seine Existenz" schilderte der **Landtagsabgeordnete Kaufmann Johs. Janßen-Barmen** in packenden Worten die Drangsalierungen, unter denen der deutsche Lebensmittelhandel seit der Kriegszeit bis auf den heutigen Tag zu leiden hat. An dem Fehlschlagen verschiedener geübter Praktiken zur Ausschaltung des privaten Lebensmitteleinzelhandels wurde in einleuchtender Weise die Wirtschaftlichkeit des Lebensmittelhandels erwiesen. Das bei Industrie und Kommunen beliebte, den Marktpreis mancher Inlandswaren nicht unerheblich steigernde Aufkäufertum erfuhr nicht minder scharfe Kritik als die ungerechtfertigte, durch Sonderkredite herbeigeführte, staatliche Bevorzugung der Consumvereine. Der Redner verwies auf die Bedeutung des Lebensmittelkaufmanns in seiner Fühlung zum Volke und den Wunsch des ordentlichen Lebensmittelhandels nach verbesserter Form der Selbstverwaltung durch Verleihung des öffentlichen Rechtes, um dadurch zur Minderung staatlicher Kontrolleinrichtungen und damit staatlicher Ausgaben ein Mittel erhöhter Kontrolle über die Standesmitglieder zu haben.

Ein an den Teil der Presse, die den Sorgen des Lebensmittels verständnisvoll ihre Spalten öffnet, sowie diejenigen Männer, die uneigennützig im Dienste dieses Standes aufklärend zu wirken bemüht sind, gerichteter Dank fand besonderen Ausdruck.

Ueber „Genossenschaftliche Selbsthilfe im Lebensmittelhandel" sprach Dr. **Vogelsang**-Köln. Nach kurzer Darlegung über die Entwicklung des Genossenschaftswesens im letzten Jahrhundert eröffnete der Redner einen Blick in die Entwicklung der Genossenschaften im organisierten Lebensmittelhandel Rheinland-Westfalens, die, zusammengefaßt in der im Rahmen des Westland-Verbandes wirkenden A.-G. Westkauf, sich die Erhebung der Standesgemeinschaft nicht minder zur Aufgabe gestellt haben als den Ausbau einer vorbildlichen genossenschaftlichen Warenbeschaffung und -Verteilung. Der Redner legte dar, wie das stetig wachsende Interesse für diese wirtschaftliche Organisation des Standes Beweis für ihre Notwendigkeit zur Erhaltung und Erstarkung des Lebensmittelhandels böten.

Ueber das Thema: „Der Lebensmittelhandel, Wucher und neue Steuern" referierte Dr. **Sievers**-Lennep. Nach einleitenden Worten über die Stabilisierung der Mark zeigte der Redner am Beispiel der Marktpolizei in Lennep, welche Beamtenaufblähung bei den Wucherbekämpfungsorganen stattgefunden hat und legte sodann an einer Reihe weiterer Beispiele dar, in welch rigoroser Form sich die Wucherbekämpfung gegenüber dem Lebensmittelhandel ausgewirkt hat. Er betonte besonders, daß es dem Lebensmittelhandel völlig fern liege, sich schützend vor wahren Wucher zu stellen, aber er wies weiter nach, daß die staatliche Wucherbekämpfung sich immer nur gegen den Einzelhandel gewandt hat, obwohl gerade hier der Vorwurf des Wuchers nicht berechtigt ist, denn sonst müßte doch eine Bereicherung gegenüber der Friedenszeit festzustellen sein. Nachdem weiter auf die verschiedenen Preisschilderverordnungen eingegangen war und die neuen Steuern, insbesondere die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer in Höhe von 2 Prozent des Umsatzes für den Lebensmittelhandel als untragbar abgelehnt war, solange nicht völlige wirtschaftliche Befreiung von staatlichem Zwang zugestanden werde, wurde als Zusammenfassung des Vortrags folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

Die am 15. Januar zum Bezirkstag in Köln zahlreich versammelten Vertreter des Lebensmittelhandels **fordern eine völlige Umstellung der Wucherbekämpfung**, denn die bisher geübte Wucherbekämpfung hat sich insofern als völlig verfehlt erwiesen, als es nicht gelungen ist, wahren Wucher zu verhindern und man sich aus falscher Rücksicht auf die Verbraucher und ohne die Zugrunderichtung des selbständigen Lebensmittelhandels zu bedenken, darauf beschränkt, im Einzelhandel die Preise so niedrig wie möglich zu halten. Der Vorwurf des Wuchers ist dem Lebensmittelhandel ganz zu Unrecht gemacht und beruht auf einer Verwechslung der Begriffe „Preissteigerung" und „Geldentwertung", gleichwohl hat gerade der Lebensmittelhandel unter den verfehlten Wucherverordnungen am schwersten zu leiden. Eine Verbilligung der Waren kann nicht durch Polizeiverordnungen, sondern nur durch vermehrte Produktion unter Befreiung von allen polizeilichen Fesseln erzielt werden. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß gesunde Währungsverhältnisse ganz von selbst gesundere Preisverhältnisse ergeben, und daß die Preisbildung sich ganz von selbst der jeweiligen Wirtschaftslage anpaßt. Sowohl aus Gründen der Sparsamkeit, wie der Wirtschaftlichkeit, wie endlich der Gerechtigkeit, wird daher der gänzliche Abbau der nur produktionsstörenden, trotz allen Aufwandes ergebnislosen und einseitig gegen die Belange des Einzelhandels eingestellten Wucherbekämpfung verlangt. Ein Mißbrauch der geforderten wirtschaftlichen Freiheit wird im Einzelhandel, wie die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt haben, auch ohne staatliche Kontrolle, allein schon durch die Konkurrenz ausgeschaltet.

Der Kath. Kaufmännische Verband im Sauerland.

Die katholische kaufmännische Bewegung im Sauerland macht erfreuliche Fortschritte. Das kann auch von der Jugendbewegung im K. V. gesagt werden. Der im Katholischen Vereinshaus zu Hagen abgehaltene Gautag des westfälischen Südgaues für das unbesetzte Gebiet (Sauer- und Siegerland) ließ diese Feststellung treffen. Der Besuch war aus allen Teilen des Sauerlandes äußerst stark. Zum Ort der nächsten Tagung wurde Arnsberg gewählt.

In Auswirkung eines Beschlusses des Münsterer Kongresses sollen auf Antrag des westfälischen Südgaues die Gautage des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereine Deutschlands als ersten Punkt die Diasporanot und die Beteiligung der Mitglieder an der Abhilfe derselben behandeln. Diözesanprotektor Studienrat Hoischen-Bochum gab ein Bild der erschütternden Notlage der Geistlichen und Katholiken in der Diaspora. Mit heller Begeisterung nahm der Gautag, an dem auch die Vertreter der Jugendabteilungen und Jungmännervereine des Sauerlandes teilnahmen, die Anregung wertätiger Hilfe für die Diaspora auf und beschloß, für das Sauerland eine Pfarrstelle der Diaspora finanziell durchzuhalten, und die Jugendbewegung im K. K. V. Südwestfalens will sich stark machen, für sich allein das Gleiche zu tun. Eine in der Tagung abgehaltene Sammlung für die Diaspora ergab die schöne Summe von 150 Goldmark. Kaufmann Küchenberg-Bochum, der Gau-Jugendsekretär, gab ein Bild der Fortschritte der Jugendbewegung im Gau und kennzeichnete die Richtlinien, die in dieser Bewegung nach den Beschlüssen des letzten Kongresses einzuhalten sind; kaufmännische Ertüchtigung, religiöse Herzensbildung sollen besonders erstrebt werden. Der Gautag wählte dann die Mitglieder zu dem neu zu bildenden Gau-Jugendausschuß, dessen Vorsitzender Diözesanprotektor Hoischen-Bochum ist zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte man Kaplan Legener-Iserlohn.

Der Gauvorsitzende, Kaufmann Wiemers-Bochum, beleuchtete in ausführlicher Weise die Beschlüsse des Münsterer Kongresses, insbesondere die Bedeutung des katholischen Kaufmanns in Staat und Gesellschaft als Träger einer katholischen Wirtschaftsmoral. Redakteur Kaupk-Bochum, 2. Vorsitzender des Angestelltenbeirates der Westfälischen Zentrumspartei, nahm Stellung zu brennenden Angestelltenfragen. Scharf verurteilte er das Vorgehen der Industrie, Tausende von Angestellten nach jahrelanger treuer Pflichterfüllung auf die Straße zu setzen und unter Nichtbeachtung der bestehenden Arbeitsgemeinschaft ein Lohndiktat zu erlassen, das der Teuerung nicht entspreche. In einer besonderen Entschließung wandte sich die Tagung gegen den Plan einiger Industrieller der Vertretung des Lebensmittelhandels. Die deutsch-niederländische Kreditransaktion des Stinnes-konzerns und die Lebensmittelabgabe auf den Deutsch-Luxemburgschächten an die Belegschaften anstatt Lohn bedeutet nichts anderes als die Verwirklichung des Planes der Vertretung des Lebensmittelhandels durch die Großindustrie. **Es wird in der Entschließung auf die großen Schäden dieses Planes für den kaufmännischen Mittelstand und seiner Angestellten und Arbeiter hingewiesen. Die Regierung wird aufgefordert, gegen diese ungeheuere Bedrohung des Lebensmittelhandels im Interesse der Kausleute, Angestellten und Arbeiter einzuschreiten.** In einer Konferenz des Verbandes mit der Zentrumsfraktion des Reichstages soll dieses Vorgehen der Großindustrie gegen den Lebensmittelhandel besprochen werden.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

!!**Olpe**, 24. Jan. **(Um die Polizeistunde.)** Es mehren sich die Klagen über eine zu scharfe Auslegung der Polizeistundenverordnung des Oberpräsidenten von Westfalen. So werden vielfach Hotelbesitzer mit Strafverfügungen bedacht, die Speise und Getränke nach Eintritt der Polizeistunde an Hotelgäste verabreichen. Die Polizeiorgane sind vielfach der Ansicht, daß die Verpflegung von Hotelgästen nach der Polizeistunde auf den Zimmern der betreffenden Gäste erfolgen müßte. Um Klarheit bezüglich der Auslegung der Verordnung zu erhalten, hatte der Vorsitzende des westfälischen Wirteverbandes eine Besprechung mit dem Oberpräsidenten. Dieser war überrascht von der Auslegung, die seine Verordnung in dieser Hinsicht erhalten hat, zumal ein Runderlaß existiere des Inhaltes, daß die, Polizeiverordnung auf in den Hotels wohnende Fremde keine Anwendung finde. Letztere könnten vielmehr zu jeder Zeit in den Frühstücks- und Speisezimmern bewirtet werden. Der Oberpräsident sagte zu, in einem neuen Runderlaß den Behörden entsprechende Anweisung zu geben. An Heraufsetzung der Polizeistunde an Wochentagen über 11 Uhr hinaus ist nach der Erklärung des Oberpräsidenten nicht zu denken. Im Gegenteil sollen die Strafen nach wie vor empfindlich sein und auch auf die Gäste ausgedehnt werden, welche die von dem Wirt gebotene Polizeistunde mißachten. Auch den geschlossenen Gesellschaften könne keine längere Polizeistunde gewährt werden.

„ **Olpe**, 25. Jan. **(Die Finanzkassen nehmen wieder Schecks.)** Der Reichsminister der Finanzen hat sich nach einer neueren Verfügung bereiterklärt, durch die Finanzkassen Schecks, sofern sie den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, wieder wie früher anzunehmen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Geldanstalten folgende Bedingungen erfüllen: 1. Die Schecks müssen am Orte der Kasse zahlbar sein. 2. Die in Betracht kommenden Geldanstalten müssen sich verpflichtet haben, für den Fall daß einer etwaigen Bareinlösung der Schecks Hindernisse entgegenstehen, den Betrag spätestens am Vormittag des der Vorlage der Schecks folgenden Werktages dem von der Finanzkasse zu bezeichnenden Konto gutzuschreiben oder diesem zu überweisen, wenn die Finanzkasse bei der bezogenen Geldanstalt kein Konto hat. Als Zahlungstag wird nach Erfüllung vorstehender Bedingungen bis auf weiteres der Tag angesehen, an dem der Scheck bei der Kasse eingegangen ist. Wird jedoch ein Scheck mangels Deckung zurückgegeben, dann gilt die Zahlung als nicht geleistet. Bestätigte Reichsbanschecks werden ohne Einschränkungen zur Abgabenentrichtung angenommen.

)(**Olpe**, 25. Jan. **(Onkel Bräsig im Olper Volksbildungsverein.)** Am Dienstag, dem 29. ds. Mts. findet auf Veranlassung des Volksbildungsvereins Olpe, im kath. Vereinshause ein einmaliges Gastspiel des erfolgreichen Onkel Bräsig-Darstellers, Anton Melzer aus Wiesbaden, statt. Fritz Reuter! Alle Augen leuchten auf, alle Zungen lösen sich. Lest erst jeden Tag eine halbe Stunde nach Feierabend in eurem Reuter, und ihr härtet euch ab gegen die Unraft der Zeit mit ihrem ungesunden verschrobenen und verlogenen Betriebe. — Das ist Fritz Reuters Wirkung auf das deutsche Volk! — Wahre Menschlichkeit liegt in den Werken dieses einzigen Poeten offenbar, jedem zu Eigen dargeboten in der goldenen Schale des Humors. Reuters prächtige Gestalten fesseln uns wie liebe Freunde. Da ist vor allem der wundersame Onkel Bräsig, der Herzenskünder, Menschen- und Kinderfreund, der „gute Onkel" und „Oekonomiker" mit seiner Agrikulturchemie und Wasserkunst mit seinem lachenden, herzlichen goldenen Humor. Onkel Bräsig! Ein Jungbrunnen alles dessen, was Empfindung und Leben in uns ist.

Provinzielles.

* **Mülheim** (Ruhr), 24. Jan. Von einem schweren **Unglücksfall** wurde die Familie eines hiesigen Fruchthändlers heimgesucht. Während die Eltern abwesend waren, badete das Dienstmädchen die beiden 9 und 11 Jahre alten Jungen. Als die drei längere Zeit nicht wiederkamen, forschte die ältere Tochter des Hauses nach ihrem Verbleib. Man fand die Tür verschlossen. Nach gewaltsamer Oeffnung des Zimmers fand man das Dienstmädchen bewußtlos auf einem Bette liegend und die **beiden Knaben erstickt** in der Badewanne. Das Badezimmer war voll dichtem Qualm. Herbeigeführte Aerzte konnten bei den beiden Knaben nur den Tod durch Ersticken feststellen; anscheinend war der Gasofen undicht geworden. Das Dienstmädchen wurde bewußtlos dem Krankenhaus zugeführt.

* **Dortmund**, 24. Jan. Eine **bemerkenswerte Beschäftigungszunahme** ist in den letzten Tagen in der Industrie unseres Bezirks zu verzeichnen. Auf der Dortmunder Union (Deutsch-Lux.) werden bereits 7000 Arbeiter, darunter 6500 voll, auf dem Eisen- und Stahlwerk Hoesch 7000 (5000 voll), **auf dem** Hörder „Phönix" 3000 (300 voll) **beschäftigt. Auch** die weiterverarbeitende Industrie zeigt kräftige Belebungszeichen. Es geht, wenn auch langsam, doch deutlich vorwärts.

* **Köln**, 24. Jan. Die Ernennung des **Kölner Ersten Weihbischofs** ist nunmehr erfolgt. Der Papst hat unter dem 15. Januar, dem Vorschlage des Kölner Erzbischofs entsprechend, den Pfarrer der Basilika St. Gereon in Köln, Joseph Hammels, zum Titularbischof von Soli und zum Kölner Weihbischof ernannt.

* **Frankfurt a. M.**, 24. Jan. **Letzthin ist ein** Wetterumschlag eingetreten, der uns starkes Tauwetter mit Regenfällen und steigenden Temperaturen gebracht hat. Die Folge ist eine überaus rasche **Schneeschmelze.** Vom Obermain wird ein langsames Steigen des Wasserspiegels gemeldet. Außer starkem Hochwasser rechnen die Wasserbauämter auch mit erheblichem Eisgang. Der Hochwasserwarnungsdienst ist bereits in Tätigkeit getreten. Die bereiften Straßen und Gräben verhindern ein rasches Abfließen des Wassers, das sich deshalb schon viel-

---

Nur ein Mädchen.

Eine tragische Erzählung aus dem Leben.

17) Von B. v. **Winterfeld.**

Er wollte langsam zurückkehren, um sich allmählich an den Unterschied des Klimas gewöhnen. Er würde sich zunächst seine Briefe nach Kairo, später nach Genua bestellen und dann von dort aus seine Ankunft daheim anmelden. Es würde ja immer erst in einigen Monaten sein. Einstweilen hatten sie in Deutschland Winter, wenn der Sommer dort ins Land gezogen, hoffte er dort einzutreffen.

Er sprang auf und begab sich in seine Wohnung, um die Vorbereitungen zur Abreise zu treffen. Morgen ging ein Schiff nach Aden, das traf sich gut. Nun der Entschluß der Heimkehr bei ihm feststand, mußte er immerfort an sein Wiedersehen mit Lina denken.

„Hilf mir, mein Gott, stark zu sein, hilf mir überwinden. Laß nur sie glücklich werden!" seufzte er in wortlosem Gebet.

* * *

Im Waldensteiner Park summten die Bienen in den Lindenblüten, die Vögel sangen, und der klare Bach murmelte leise und geschäftig durch den blumigen Wiesengrund, an den blauen Glockenblumen vorüber, wie es schon vor Jahren gewesen, als Heino, Lina und Franz noch als Kinder an dem Ufer geplaudert hatten. Auf der Terrasse saß der alte Graf, und Lina reichte ihm den Kaffee. Die stattliche Gestalt schien gebeugter, und die runzeligen Hände zitterten, als sie dem jungen Mädchen die Tasse abnahmen.

Lina war unverändert, noch immer von dem sanften Liebreiz umflossen, der sie so anziehend machte, nur ernster und reifer war der Ausdruck der feinen Züge geworden und die Wangen etwas schmaler und blasser, so daß die blauen Augen noch größer erschienen. Ein leichtes, weißes Kleid umfloß die schlanke Gestalt, und ein schwarzseidenes Band, das um dieselbe Taille geschlungen, zeigte noch die Halbtrauer um die greise Großmutter, die vor bald einem Jahr, über neunzigjährig, aus dieser Welt geschieden war.

Die Postsachen wurden gebracht. Ueber das zarte Gesicht des jungen Mädchens flog ein flüchtiges Rot. Sie erwartete immer etwas wie ein Lebenszeichen von Heino, und doch wurde ihre Erwartung immer enttäuscht. In den blauen Augen lag eine stete Sehnsucht, die Sehnsucht nach dem Freund ihrer Kindheit, dem Bruder. Ganz allmählich hatte sie zu ahnen begonnen, weshalb er so lange fernblieb, warum er nicht mehr an sie schrieb. Tief erglühend und mit zitterndem Herzen war ihr diese Erkenntnis gekommen und sie hatte plötzlich sein Benehmen bei ihrer Verlobung verstanden, und immer mehr stand es bei ihr fest, daß sie Franzens Frau nicht werden konnte. Immer und immer wieder sie ja noch an den fernen Heino denken müssen, an ihn, der ihrem Herzen von Kindheit an am nächsten gestanden. Sie sagte sich auch, daß sie ihm alles gewesen, und daß die Großmutter sich geirrt haben mußte, wenn sie meinte, Lina würde einst dem Pflegebruder zur Last fallen. Nein, sie wußte es jetzt besser, sie würde Heino niemals eine Last sein! O, daß ihr diese Erkenntnis erst so spät kam!

Tief unglücklich war damals Franz gewesen, als sie ihn immer wieder um Aufschub ihrer Verbindung bat. Er willigte ein, immer noch zu warten, bis er endlich, verzweifelnd nach einem ganzen Jahr vergeblicher Liebesmühe, ihren Wunsch erfüllte und sie freigab. Sie empfand inniges Mitleid mit seinem Schmerz und war ihm aus tiefster Seele dankbar, wie er das Band löste, das sie doch niemals ganz und für immer hätte verbinden können. Wie eine große Erleichterung empfand sie es, als Franz sich für ein Jahr beurlauben ließ, um eine längere Reise in das Ausland anzutreten. Der alte Graf hatte zu den Vorgängen geschwiegen, und als er dann die Auflösung der Verlobung erfuhr, sagte er: „Um dein Lebensglück handelt es sich ja, Kind, du mußt wissen, was du tust," und als dann Franz abgereist war, schloß er sie innig in die Arme und flüsterte: „Der arme Junge tut mir leid! Aber es ist besser so für euch. Gott segne deinen Entschluß!"

* * *

Ueber ein Jahr war seitdem verflossen. Eine Zeit, die Vater und Tochter in stillem Frieden miteinander verlebt. Der Tod der alten Greisin bot vor der Welt Grund genug, sich von dem Verkehr mit der Nachbarschaft zurückzuziehen. Lina lebte mehr denn je ihrem alten Vater und den Dorfbewohnern, denen ihre junge Gräfin über alles ging. Inzwischen waren sie auch auf Reisen gewesen. Der alte Herr hatte im letzten Sommer seinem Töchterchen die Schönheit Norwegens und im Frühjahr die malerischen Herrlichkeiten der Riviera gezeigt. Sie war entzückt von dem neuen, ungeahnten Eindrücken, aber immer wieder hatte sie denken müssen: „Könnte doch Heino dies alles mit mir sehen!"

Es fehlte ihr sehr, daß sie ihm nicht mehr schreiben konnte, wie sie früher getan, wo sie ihm alles mitgeteilt, was ihr Leben bewegte, doch sie wußte jetzt ja nicht einmal, wohin sie ihre Briefe hätte richten sollen. Wo mochte er sein? Vielleicht im fernen Amerika, oder Asien, oder auf dem Meer! Es waren schon mehrere Monate verstrichen, seit sie zuletzt durch seine Mutter von ihm Nachricht erhalten hatten. Damals hatte er die Inseln des indischen Ozeans besucht, und er schilderte diese Märchenei-lande in ihrer tropischen Pracht.

Träumerisch irrte Linas Blick über den Park hinweg, in die duftige Ferne, als ihr Vater, der die Briefe durchblätterte, plötzlich rief: „Da schreibt ja Tante aus Seeburo!" Lina hörte gespannt zu, als er fortfuhr: „Es wird Sie interessieren, daß unser Heino endlich in Genua eingetroffen ist und in einigen Tagen bei uns einzutreffen denkt, später beabsichtigt er, Sie in Waldenstein aufzusuchen. Sie können sich unsere freudige Erwartung vorstellen."

Lina sagte nichts. Dunkle Glut färbte ihre Wangen; sie küßte leise die Stirn ihres Vaters und ging dann hinunter in den Park. Es verlangte sie, allein zu sein. Ein heißes Glück und auch ein leises Bangen erfüllten ihre Seele. Sie sollte Heino wiederfinden? Bald waren drei Jahre seit seinem Scheiden verstrichen. Ob er wußte, was inzwischen alles geschehen? Nun, er würde es sicher durch seine Mutter erfahren haben. Sie ging zu der alten Linde, unter der sie ihn zuerst getröstet, als er dort verzweifelte Knabentränen geweint. Damals hatten sie ihren Freundschaftsbund geschlossen und waren ihm immer treu geblieben, und dann war Franz in ihr Leben getreten — sie schloß die Augen, aber dann atmete sie auf — das war ja nun alles vorüber, und vor ihr lag wieder das Leben, so klar und schön, wie sie es sich früher immer gedacht, als Gemeindeschwester von Waldenstein aber dann kam ihr wieder der Zweifel, sie dachte an die Worte ihrer verstorbenen Großmutter. Doch schüttelte sie den Kopf, „nein, es kann nicht sein, Großmutter muß sich geirrt haben." Sie wußte, wenn Heino kommen würde, dann mußte sich alles klären, und sie wollte ihn offen fragen, ob sie ihm in der Zukunft zur Last fallen würde. Aber bei dem Gedanken wurde ihr doch wieder so eigen beklommen zumute, und sie konnte nicht so heiter und ruhig ihren künftigen Lebensplan ausmalen, wie sie es früher oft getan.

In einem der ersten Hotels in Genua saß Heino in dem eleganten Speisesaal an einem Tischchen und las eine deutsche Zeitung, während die Reste des eingenommenen Imbisses von einem Kellner fortgeräumt wurden.

Gegen Abend dachte Heino nach Deutschland abzureisen. Er achtete des geräuschvollen Treibens nicht, das ihn umgab, des Kommens und Gehens der Reisenden aller Nationen, der verschiedenen Sprachen, die an sein Ohr schlugen. Nur hin und wieder sah er von dem Zeitungsblatt auf, um den Blick über das wunderbare Bild schweifen zu lassen, das sich ihm durch das weitgeöffnete Fenster bot; da lag azurblau der Golf, die Segel und Masten der kleinen und großen Schiffe spiegelten sich in der glatten Flut, der Sonnenglanz und die Farbenpracht des Südens verliehen dem Bilde einen besonderen Schmelz. Da fühlte er seinen Arm leicht berührt; als er aufsah, stand ein junger Mann in grauem Reiseanzug vor ihm. „Franz! Du? Wie kommst du hierher?" rief er aufspringend.

fach auf die Aecker ergießt und große Seen bildet. — Unter der Last der gewaltigen Schneemassen stürzte Freitagnachmittag die große Markthalle auf dem Schlacht- und Viehhof zusammen. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

Wem Gott will rechte Gunst erweisen . . .

Eindrücke und Erfahrungen auf einer Reise nach Holland.

Von Pfarrer Schmitz, Derschlag.

Wenn man in Holland mit Gebildeten zusammenkommt, geht der Gesprächsstoff über wirtschaftliche, politische und religiöse Dinge kaum aus. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Hollands sind seit Kriegsbeginn wohl alles andere eher als glänzend. Holland ist ein Handelsland und als solches sehr abhängig von Deutschland. Deutschlands Not hat daher für Holland viel wirtschaftlichen Stillstand und sogar Rückgang zur Folge gehabt. Besonders aber seit der Ruhrbesetzung hat Hollands Handel und Gewerbe viele harte Schläge erlitten. Sieht man sich die beiden großen Häfen von Rotterdam und Amsterdam an, so bemerkt man manches „arbeitslose" Schiff. Zu Hunderten zählen die leeren Kähne auf dem Rheine. Gerade in den Hafenstädten, aber auch anderwärts, ist die Arbeitslosigkeit sehr groß.

Das holländische Staatsbudget merkt gar sehr den Ausfall an Steuern bei dem schlechten Stande des wirtschaftlichen Lebens, und alle Anstrengungen werden gemacht, um das Land vor einer Inflation zu bewahren, deren schlimme Folgen hat man ja bei Deutschland dauernd vor Augen. Man darf nun allerdings nicht glauben, daß in Holland auch nur annähernd jene Armut herrsche, die wir bei uns daheim kennen gelernt haben. Der Durchschnittsmensch in Holland leidet keine Not; auch der Arbeiter, der seiner Beschäftigung nachgeht, verdient pro Tag seine 4—5 Gulden. Das sind Riesenlöhne im Verhältnis zu den hiesigen. Mir ist es aber auch unbegreiflich, weshalb man in Deutschland so fürchterlich niedrige Löhne zahlen muß, um, wie von Arbeitgeberseite versichert wird, konkurrenzfähig zu bleiben. Besonders ein krasses Beispiel gab mir bei meinem Aufenthalt in Holland zu denken und beschäftigt mich heute noch: Im holländischen Kohlenrevier verdienen die Bergleute das doppelte von dem, was ihre Nachbarkollegen im Aachener Revier verdienen. Die Kohlenpreise sind beiderorts die gleichen. Das erklärt man mir. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß auch auf politischem Gebiete scharfe Kämpfe sich abspielen. Doch auch da zeigt sich, was ich auch in anderen Ländern erfahren habe: der Holländer ist zuerst Holländer und dann Parteianhänger. Die katholische Partei spielt in Holland eine bedeutende Rolle; wie überhaupt die Katholiken Hollands prinzipientreu und zielbewußt vorwärts streben. Bei ihnen gibt es keine Revolutionsideen. Katholische Soldaten haben in den verhängnisvollen Tagen und Wochen, als man bei uns Revolution machte, die Liebe zum Hause Oranien, das alles andere ist als katholisch, durch die Tat bewiesen. Sie haben sich gegen die Sozialisten als Beschützer des Thrones erwiesen. Die katholischen Parteiführer sind auch die mitverantwortlichen Leiter der Geschicke des Landes. Denselben Eifer wie auf politischem Gebiete finden wir auf religiösem Gebiete. Während wir in Deutschland durch alle möglichen Kompromisse uns verpflichtet haben, hat sich der holländische Katholizismus viel konsequenter gezeigt. Wie weit sind wir z. B. noch vom katholischen Schulideal entfernt. Die Holländer haben ihre katholischen Schulen, Schulen, in denen die Kirche als Hüterin der religiösen Erziehung der Kinder ein wirkliches Mitbestimmungsrecht hat; die Lehrer werden von der Kirche (Pfarramt) ernannt und von der Regierung bestätigt und z. T. besoldet. Was hat dagegen die Kirche in Deutschland in Bezug auf die Schule zu sagen, ihr Einfluß ist doch nur ganz gering. Das gilt allgemein von den Volksschulen, soweit sie nicht nur in der Diaspora von der Kirche selbst unterhalten werden. Das gilt von den meisten höheren Schulen; besonders aber von den Universitäten. Gerade da sehen wir in Holland einen bedeutenden Erfolg der katholischen Aktivität: es gibt seine katholische Universität in Nymwegen. Zahlreiche deutsche Gelehrte haben an ihr eine Professur angenommen; Männer, die sich sicher auch in Deutschland einer solch guten Sache zur Verfügung gestellt haben würden. Hoffentlich wird einmal der Plan, der schon lange vorliegt in Fulda, wo der Apostel Deutschlands begraben liegt, eine katholische Universität zu errichten, Wirklichkeit. Die Konsequenz der Katholiken wirkt sich auch aus auf dem Gebiete der Bekämpfung der gemischten Ehen. Wer weiß, ein wie großes Uebel sie sind, und wie viele Verluste die katholische Kirche durch sie erleidet, konstatiert es mit Freuden, wie in Holland die gemischten Ehen dauernd zurückgehen. Dieser Rückgang ist verursacht durch die fast allgemein durchgeführte Regel, keine gemischte Ehe kirchlich einzusegnen. Ob sich eine ähnliche Praxis nicht auch bei uns durchführen ließe? — das religiöse Leben der holländischen Katholiken darf als vorbildlich bezeichnet werden. Besonders die päpstlichen Dekrete über die frühzeitige Kommunion der Kinder, wie über die tägliche hl. Kommunion der Gläubigen werden eifrig befolgt. Wenn man wochentags in irgend einer holländischen Kirche der hl. Messe beiwohnt, sieht man nicht nur einige Frauen zum Tische des Herrn gehen, nein, auch Männer aus allen Kreisen empfangen den göttlichen Heiland täglich. Arbeiter sah ich, bevor sie zur Arbeit gingen, in aller Frühe zur Kirche eilen, um zu kommunizieren. Ein Paar herrliche Beispiele von religiösem Leben draußen und daheim seien zur Nachahmung hier berichtet. Ich lernte einen holländischen Herrn kennen, der als Agent einer Welthandelsfirma ganz Europa bereist und fast alle europäischen Sprachen geläufig spricht.

Ich sah diesen Herrn täglich zur hl. Kommunion gehen und sprach ihm meine Verwunderung hierüber aus. Da erhielt ich folgende bemerkenswerte Antwort: Des Papstes Wunsch ist mir Befehl. Dazu all die Gnaden, die die tägliche hl. Kommunion uns gibt.

(Schluß folgt.)

Wirtschaftsteil.

Wirtschaftskrise und industrielle Arbeitsgemeinschaft

Die industrielle Gemeinschaftsarbeit, die sich auf dem Novemberabkommen 1918 aufbaute und zum erstenmal eine offizielle Anerkennung der Gewerkschaften als die berufenen Organisationen der Arbeitnehmer und deren Verhandlungsinstanzen brachte, hat sich bisher niemals so reibungslos vollzogen, als wie das im Interesse der Sache wohl wünschenswert wäre. Schwierigkeiten kamen aus beiden Lagern der Beteiligten, Unternehmer wie Arbeiter und Angestellten. Immerhin vermochten diese, solange die Inflation die Wirtschaft in Gang erhielt, eine gedeihliche Fortdauer der Gemeinschaftsarbeit nicht zu unterbinden. Mit dem Abstoppen der Notenpresse und dem Eintreten der Wirtschaftskrise droht nach der Richtung hin ein Wandel einzutreten, der nicht weniger als eine Gefährdung der industriellen Gemeinschaftsarbeit in sich schließt.

So wird die **Wirtschaftskrise** zur Belastungsprobe für die Arbeitsgemeinschaft. Die in ihrer Notwendigkeit heute wohl allgemein anerkannte Produktionspolitik zieht auch im Arbeitsverhältnis manche Umstellungen nach sich, für die beim größten Teil auch der Arbeitnehmer wohl Verständnis vorhanden ist. Worüber sich diese aber so laut beklagen, ist, daß jene ohne genügende Berücksichtigung des im Novemberabkommen verbrieften Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen und einseitig auf deren Kosten vorgenommen werden. Arbeitnehmer hätten dadurch, wie es in der Austrittserklärung des dem Gewerkschaftsring der Hirsch-Dunckerschen Organisationen angehörenden Gewerkschaftsbundes der Angestellten heißt, „dem der Zentralarbeitsgemeinschaft zugrunde liegenden Gedanken des verständnisvollen Zusammenarbeitens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Förderung der nationalen Wirtschaft und Wohlfahrt in einer Weise entgegengearbeitet, die diese Arbeitsgemeinschaft zu zerstören **mußte**".

Keine Zweifel **ist heute in den** weitesten Kreisen der Arbeitnehmer das Gefühl vorhanden, die Unternehmer hätten **im Augenblick kein** dringendes Interesse an der **Gemeinschaftsarbeit** und suchten sich in ihrer Weise über diese hinwegzusetzen. Demgegenüber ist es unseres **Erachtens für eine soziale** Gesundung und eine allseitige Ueberwindung der heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse unbedingt erforderlich, daß die Unternehmer durch die Tat die Irrigkeit obiger Annahme beweisen. Insbesondere sollten die Arbeitgeberverbände als der eine vertragschließende Teil des Novemberabkommens Veranlassung nehmen zu der Erklärung, daß sie grundsätzlich und sonal am Sinn und Geist desselben festhalten, vorausgesetzt, daß auch auf der anderen Seite den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung getragen und jedem Klassenkampf als dem Wesen der Gemeinschaftsarbeit widersprechend entsagt wird.

Daß auch bei der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, also den sozialistisch-organisierten Arbeitern, durchaus kein Bedürfnis etwa nach einer Lösung des bisherigen Verhältnisses in der Zentralarbeitsgemeinschaft besteht, darauf deutet eine Auslassung des sozialdemokratischen Zentralorgans, des Vorwärts (1924 Nr. 2), hin, wo es unter „Gewerkschaftliches" u. a. heißt: . . . ein **Zerfall** der Arbeitsgemeinschaft durch allmähliches Abbröckeln erscheint uns im Interesse der Gewerkschaftsbewegung **nicht einmal wünschenswert**. Diesen Zerfall zu verhüten, ist nach Lage der Dinge nur möglich durch eine unzweideutige Stellungnahme der drei Gewerkschaftsspitzen. Von den drei Gewerkschaftsrichtungen ist die Arbeitsgemeinschaft gemeinsam aufgenommen worden, sie müßte daher auch gemeinsam aufgegeben werden. Entweder ihre Aufrechterhaltung ist, trotz der Offensive des Unternehmertums, weiterhin notwendig; dann muß diese Notwendigkeit in den eigenen Reihen begründet und verfochten und die Abbröckelung vermieden werden. Oder aber der Zerfall ist nicht mehr aufzuhalten; dann muß ihm durch die Auflösung zuvorgekommen **werden. Gewinnt** auf der Gegenseite die Auffassung Raum, die Gewerkschaften hielten an der Arbeitsgemeinschaft nur aus Konkurrenzfurcht unter sich fest, dann könnte die Arbeitgeberseite dieser Arbeitsgemeinschaft noch weit mehr zumuten, als es bisher schon geschehen ist. Dann allerdings müßten die einzelnen Gruppen der drei Gewerkschaftsrichtungen ihrerseits durch weitere Absonderung dem Spiel ein Ende zu machen suchen; der der Gewerkschaftsbewegung allgemein unwürdige Zerfall wäre dann unvermeidlich. Um so wünschenswerter, daß in dieser Frage alsbald Klarheit geschaffen wird."

Die industrielle Gemeinschaftsarbeit ist aber nicht bloß, wie nach Vorstehendem wohl scheinen könnte, eine Sache der unmittelbar Beteiligten, sondern auch der Allgemeinheit. Das **Gemeinwohl** hat das dringende Bedürfnis und den berechtigten Anspruch, daß die industrielle Gemeinschaftsarbeit von allen Beteiligten auch in Zukunft im Geiste des Novemberabkommens getätigt wird. Und darum sollte alles verhütet werden, was nach dieser Richtung irgendwelche Zweifel aufkommen lassen könnte.

Alle neuzeitliche Demokratie, auch der neue deutsche Volksstaat, krankt an der von dem Rationalismus und von der Aufklärung aufgebrachten Meinung, der Staat gehe hervor aus dem willkürlichen Vertrage der Menschen. Darum glaubt man den Staat machen zu können, indem die Politiker und Staatsrechtslehrer die Staatszwecke sorglam erforschen, die zweckmäßigen Mittel zu diesen Zwecken ausklügeln, deren Zweckmäßigkeit den wahlberechtigten Staatsbürgern als annehmbar nachweisen und zuletzt die Mehrheit darüber abstimmen lassen, welche Staatsverfassung für alle verbindlich sein soll. Diese Auffassung bleibt an der Außenfläche, dem Gehäuse des Staates als sinnvolle Lebensgemeinschaft der Volksfamilie. Diese soll durch das Geben und Empfangen des Vertrauens, der Treue, der Hilfsbereitschaft und gütigen Liebe im Miteinander- und Füreinanderleben der Bürger diesen Lebensergänzung und Lebenserhöhung, damit ein höchstes irdisches Glück bringen. Gewiß bedarf auch die innigste Lebensgemeinschaft, die Ehe und häusliche Familie eines Hauses, der Hauswirtschaft, einer durch das Ehe- und Familienrecht gegebenen Verfassung, was alles sich machen läßt; aber ernstlich und letztlich heiratet und gründet man eine Familie, um durch die darin gefundene, von allen Gliedern geschaffene Lebensergänzung und Lebenserhöhung einander zu beglücken. Wie Ehe und Familie, so ist auch die im Leibe des Staates verkörperte Volksfamilie ein Reich der Seele. Die Formdemokratie schafft mit ihrer bloßen Staatsbaumeisterei das leere Gehäuse, eine seelenlose Staatsanstalt, läßt darum das Sehnen der Bürger danach, sich in einer Volksfamilie, in einem Staatsvolke seelisch wiederzufinden, ungestillt, läßt die Bürger nicht zur beglückenden inneren Ruhe, zum Frieden kommen.

„Das war früher anders. Vor dem Eindringen der rationalistischen, später materialistischen Auffassung der Lebens- und Lebensgemeinschaftsfragen hat man Staaten als organisierte Volksfamilien gegründet, wie man Familien gründete. Alle staatlichen Volksfamilien erstanden so als klare Idee und als eine große selbstlose Liebe in Geist und Herz staatsschöpferischer Führer. Sie erweckten, bildeten, erzogen die in der Gesellschaft schlummernden Lebensgefühle und den Lebenswillen zur Volksfamilie, schulten sie sodann in der zweckmäßigen staatsbürgerlichen Betätigung durch Schaffen einer Verfassung, in welcher die naturhaften Lebensgesetze des Staates zum Ausdruck kamen, die möglichst viele Selbstverwaltung der Bürger vorsah und pflegte. Im Miteinander- und Füreinanderleben von Führern und Gefolgschaft gewann die Staatsidee, Staatsverfassung und Staatsgesinnung wie alle Lebensbildungs- und Lebensgestaltungskunst langsam Klärung und Festigung. Aeußere Nötigung und innerer Drang arbeiteten darin zusammen" (A. Pieper, Der deutsche Volksstaat und die Formdemokratie 36).

Seit dem 17. Jahrhundert ging dagegen der Fürstenabsolutismus dazu über, den Staat bloß als Sache der Obrigkeit zu betrachten, deshalb nach den Rezepten der Staatsvernunft von oben herab zu regieren, die Freiheit und selbstverständliche Mitarbeit der Bürger aber auszuschließen, aus denen man gefügige Untertanen machte. Daran ging auch der alte Obrigkeitsstaat in der Revolution zugrunde, nämlich an der Teilnahmslosigkeit der Bürger. An dieser krankt auch der neue Volksstaat, dessen Verfassung in buchgelehrten Parlamentserörterungen verstandesmäßig ausgeklügelt und in eigensüchtigen Parteistreitigkeiten ausgetobelt ist. Darum blieb er lebensfremde Formsache und kalte Zweckfache. Erst wenn die Bürger in diesem toten Gehäuse aus Idee und Liebe, d. h. aus deutschem Genossenschaftsgeist und musterhaftem Volksfamiliensinn ihre staatliche Volksfamilie in selbstloser gemeinnütziger Selbstverwaltung von unten auf aufbauen, den Staat als ihren Staat ehrfürchtig liebend und pflegend, die Staatsaufgaben als ihre Bürgeraufgabe frei, selbstverantwortlich, ohne äußeren Zwang erfüllend, haben wir wieder einen Staat, der aus dem Volke erwächst. Dieser kann von den Bürgern als Volksfamilie beglückt erlebt werden, darum auch trotz aller äußern Schwierigkeiten gedeihen und fruchtbar wirken. Mit andern Worten: Was vor allem heute nottut, ist nicht die Staatsbaumeisterei von Politikern, sondern der Lebenswille der Bürger zum Staate, die Erneuerung des selbstverwaltenden Bürgergeistes. Erst dann kann der Volksstaat als rechte Volksfamilie aus den Seelen der Bürger erwachsen.

× Vor ernsten Dingen.

Die Reichsregierung wird schon in den nächsten Tagen vor sehr schwere Entscheidungen hinsichtlich der **besetzten Gebiete** gestellt sein. Die Micum-Verträge laufen bekanntlich am 15. April ab. Es wäre aber das Verhängnisvollste, was man sich denken kann, wenn man die Dinge bis dahin gehen ließe, **ohne sich über den weiteren Fortgang** vorher Rechenschaft zu geben, und sich rechtzeitig neue Entscheidungen zu treffen.

Um diese neue Entscheidungen wird nun alsbald gerungen werden müssen. Wie ernst die Lage ist, mag sich aus folgendem ergeben: Die Besatzungskosten betragen gegenwärtig **pro Monat 50 Millionen Goldmark.** Davon treffen 40 Millionen auf das alt-besetzte und 10 **Millionen auf das Ein**bruchsgebiet. Zu dieser Grundsumme von 50 Millionen treten noch weitere 65 Millionen für Aufwendungen der Beamten und Angestellten der Eisenbahn, die infolge der Regie nicht mehr zur Arbeit gehen können. Das sind allein 115 Millionen Goldmark im Monat, ohne die weiteren, ebenfalls in die Millionen gehenden Aufwendungen für Bauten und dergleichen. Die Reichsregierung hat daher schon eine Klärung der Situation herbeizuführen, um spätere Reibungen, die verhängnisvoll für unser ganzes Wirtschaftsleben werden können, zu vermeiden. Daß die Micum-Verträge auf eine andere Grundlage gestellt werden müssen, ergibt sich aus dem Umstand, daß sie beim besten Willen in der gegenwärtigen Form nicht durchgeführt werden können. Wie sehr die Reichsregierung ferner durch die Besatzungskosten belastet wird, ergibt sich aus der Tatsache, daß jetzt die Rentenbank im Interesse des Schutzes der Währung energischen Einspruch gegen die Fortsetzung der Zahlung dieser Kosten erhoben hat.

Die beschränkte Aufwertung der Hypotheken.

Das Reichskabinett hat erneut sich mit der dritten **Steuernotverordnung** beschäftigt, die in der Hauptsache der Frage der sogenannten **Hypothekenaufwertung regeln will.** Auch jetzt hat das Reichskabinett eine bestimmte Entschließung noch nicht gefaßt. Indessen ist **entgegen** dem ursprünglich vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagne **Verbot der** Aufwertung der Hypotheken nunmehr eine solche **Aufwertung grundsätzlich anerkannt worden.** Die Höhe der Aufwertung allerdings ist noch **nicht bestimmt,** sie dürfte aber kaum im äußersten Fall 10 Prozent des Goldwertes überschreiten, in der Regel wird es sich um eine Aufwertung von etwa 5 Prozent handeln. Es ist beabsichtigt, die Bemessung der Aufwertungshöhe der **freien Vereinbarung** zwischen Schuldner und Gläubiger zu überlassen. Indessen wird voraussichtlich bestimmt werden, daß über eine gewisse Höhe hinaus — und diese Grenze wird voraussichtlich höchstens bei 10 Prozent liegen — eine **Aufwertung unzulässig** ist. Endgültige Entschließungen wird die Reichsregierung nach erneuter Durchberatung des jetzigen abgeänderten Entwurfs fassen. Aber jetzt schon kann gesagt werden, daß das finanzielle Ergebnis, das durch eine solche beschränkte Hypothekenaufwertung **als die** Mietsteuer erwartet wird, nicht gerade überwältigend sein kann.

Absatz von Rentenmark-Schatzwechseln.

Der Absatz von Rentenmarkschatzwechseln, hat sich laut Berl. Tagebl. verhältnismäßig **günstig** gestaltet. Der Dekadenausweis der Reichshauptkasse zeigte für die Zeit vom 1.—10. Januar als „Einnahmen aus der Begebung von Rentenmarkschatzwechseln" den bescheidenen Betrag von etwa 1,5 Millionen Rentenmark. Mittlerweile ist es gelungen, einen unter den obwaltenden Verhältnissen immerhin ansehnlichen Betrag von rund 60—70 Mill. Rentenmark abzusetzen. Als Nehmer kommen zunächst nur Großbanken, größere Geldinstitute und die Reichspost in Frage. Diese hat aus den Mitteln, die ihr im Rentenmark-Postscheckverkehr zufließen, allein rund für 30—40 Millionen Rentenmark, also die Hälfte der bis jetzt abgesetzten Schatzwechsel, übernommen.

Neu-Gründung der Friedr. Krupp A.-G.

Unter dem Namen A.-G. für Unternehmungen der Eisen- und Stahlindustrie in Berlin wurde mit 300 Millionen M. eine neue Aktiengesellschaft in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Unternehmungen des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie in Berlin wurde mit 300 Millionen M. eine neue Aktiengesellschaft in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an Unternehmungen des Bergbaues, der Eisen- und Stahlindustrie und der weiterverarbeitenden Industrie, der Betrieb, die Verwaltung und die Finanzierung von Unternehmungen der vorbezeichneten Art, der Betrieb von sonstigen Unternehmungen und Geschäften aller Art, insbesondere von Geschäften des Geldverkehrs, die als im Interesse der Gesellschaft liegend erachtet werden. Die Gründer, unter ihnen die Friedr. Krupp A.-G. in Essen, die Dresdner Bank in Berlin, die Firma Delbrück, Schickler u. Co. in Berlin und die Gewerkschaft Vollbach in Verzdorf haben alle Aktien übernommen.

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

Dortmund, 24. Jan. Zum gestrigen **Zuchtviehmarkt** waren aufgetrieben: 1266 Stück **Großvieh,** 386 Schweine, 3 Kälber, 3 Schafe und 2 Ziegen. Der Handel in Großvieh war schleppend. Es wurden bezahlt: **Kühe** 1 Qualität 450 bis 525, 2.: 375 bis 450, 3.: 300 bis 375, 4.: 225 bis 300, 5.: 150 bis 225. Rinder kosteten 1. Qualität: 350 bis 400, 2.: 275 bis 350, 3.: 225 bis 275, 4.: 150 bis 225, 5.: 100 bis 150. Die Höchstnotierungen beziehen sich im wesentlichen auf Zuchtvieh oldenburger Herkunft. Am **Schweinemarkt** war der Handel langsam. Es wurden bezahlt für Ferkel von 6 bis 8 Wochen 10 bis 15 Mark, von 8 bis 10 Wochen 15 bis 25, von 10 bis 12 Wochen 25 bis 35, Läuferschweine kosteten 35 bis 45 Mark. Der nächste Zuchtviehmarkt findet Mittwoch, 30. Januar statt.

Berliner Fruchtmarkt.

Berlin, 24. Jan. Anscheinend im Zusammenhang mit dem Anhalten des Frostwetters, durch das die Zufuhren erschwert werden, war gestern die Stimmung **leicht befestigt.** Das Angebot inländischer Ware ist zurückhaltender geworden; daher **lag die** an sich nicht starke Nachfrage weniger Ware vor. Die Preisbildung entsprach aber im allgemeinen der vortägigen. Für Roggen und Weizen haben sich die Preise wenig verändert. Gerste und Hafer waren etwas **fester.** Das Mehlgeschäft blieb weiterhin ungünstig. Infolge des **ausländischen Wettbewerbs** ist vielen Mühlen ihr bisheriges Absatzgebiet verschlossen, so daß sich das Angebot in Berlin zusammendrängt.

Amtlich wurden folgende Preise **festgesetzt:** Getreide- und Oelsaaten für die 1000 Kg., sonst für die 100 Kg. ab Station. Die Preise verstehen sich in Goldmark oder in Rentenmark: **Weizen: märk.,** 153—156, **Roggen,** märk., 134—138, pommerscher 132—135, **Braugerste** 158—165, **Hafer,** märkischer, 105—109, pommerscher 97—104, Weizenmehl 23 bis 25,50, Roggenmehl 21—23, Weizenkleie 7,60, **Roggenkleie** 7, **Raps** 2,70, Leinsaat 425—430, Viktoriaerbsen 34—35, kleine Speiseerbsen 18—22, Futtererbsen 12—14, Peluschken 13—15, **Ackerbohnen** 13—15, Wicken 17—19, **Lupinen,** blaue 13—14, gelbe 15—17, Serradella 14,50—16, **Rapskuchen** 10,50—10,75, Trockenschnitzel 7,50—7,80, Zuckerschnitzel, helle vollwertige, 18—19, Kartoffelflocken 16.

Für **Rauhfutter** wurden folgende Preise (in Goldmark) festgesetzt: drahtgepreßtes Roggen- und Weizenstroh 0,45—0,70, **desgl.** Haferstroh 0,40 bis 0,55, desgl. Gerstenstroh 0,44—0,55, bindfadengepreßt. Roggen- und Weizenstroh 0,35—0,45, gebündeltes Roggenlangstroh 0,35—0,45, Häckfel 1,05 bis 1,25, handelsübl. Heu 0,85—1,05, gutes Heu 0,95—1,35. (Alles die 50 Kg. ab Station.)

* **Die größte Negerhochzeit**, die wohl je stattfand, ist dieser Tage in Newyork gefeiert worden. Sie fand zwischen einem Fräulein Robinson aus Newyork und einem Dr. Jakson aus Chicago statt. An der Hochzeit nahmen 9000 Neger als Gäste teil. Die Feier war eine Demonstration der Negerrasse. Die Braut ist die Enkelin einer Frau gleichen Namens, die ein Riesenvermögen durch den Betrieb eines Friseurladens erworben hatte, in dem sie die Locken auf den Negerhäuptern beseitigte. Dem amerikanischen Neger ist nämlich viel daran gelegen, dieses Rassenmerkmal loszuwerden, und da Frau Robinson ein wirksames praktisches Verfahren erfunden hatte, so strömten die Neger in Scharen zu ihrem Laden, sodaß Frau Robinson in kurzer Zeit ein Vermögen von mehreren Millionen Dollar verdiente. Sie kaufte sich dafür eine Villa in einem der vornehmsten Vororte Newyorks und hinterließ ihr Vermögen mit der testamentarischen Bestimmung, daß es niemals in den Besitz eines weißen Mannes übergehen dürfe.

Letzte Telegramme.

WTB **Paris**, 25. Jan.

Die **Kammer** hat am Schluß ihrer gestrigen Sitzung auf Ersuchen des **Finanzministers** beschlossen, morgen, Freitag, die Debatte über die **Regierungsentwürfe zur Sanierung der französischen Finanzen** aufzunehmen. Bis jetzt haben sich 33 Redner zum Wort gemeldet.

WTB **Dresden**, 25. Jan. Der **sächsische Landtag** lehnte in seiner heutigen Sitzung den Antrag auf Auflösung des Landtages mit 51 Stimmen der deutschen Volkspartei, deutsch-demokratischen Partei und der DSVP. gegen 37 Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und linken Opposition der DSPD. ab. Ein Antrag der deutsch-demokratischen Partei auf Verschärfung der Geschäftsordnung wurde vom Hause angenommen.

WTB **München**, 25. Jan. Heute nachmittag einhalb 2 Uhr verstarb auf Schloß Hohenburg (Gemeinde Lenggris) die Großherzogin Maria **Adelheide von Luxemburg**, die Schwester der Gemahlin des Kronprinzen Rupprecht von Bayern im Alter von **29 Jahren**.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Ebenso wie in Schwarzenberg im Erzgebirge ist es den Blättern zufolge auch in dem nahen Aldenod zu **Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten** gekommen. Ein Polizeikommando, das aus einem Offizier und 8 Mann bestand, wurde bei der Festnahme eines kommunistischen Führers von der Menge tätlich angegriffen. Zwei Beamte wurden niedergeschlagen und verletzt. Die Polizeibeamten gaben darauf Feuer, wodurch **ein Demonstrant getötet und eine** Anzahl verletzt wurden. Allmählich konnte die Ruhe von der Polizei wiederhergestellt werden. Polizeiverstärkungen sind nach den Orten abgegangen.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Der **Spruchausschuß** des Reichstags beschäftigte sich mit dem Abbau im Bereich des **Auswärtigen Amtes**. Der **Personalstand** wurde um 520 Köpfe verringert, was gegenüber dem Stande vom 1. 10. 23 eine Verminderung um 18.2 Prozent bedeutet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitsleistung des Auswärtigen Amtes gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gewachsen ist, was sich aus dem Versailler Vertrag und der Notwendigkeit ergibt, um mit den neugebildeten Staaten zu einem Reparationsabkommen zu gelangen.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Von dem auf Papiermark lautenden **Notgeld der deutschen Reichsbahn** sind **Fälschungen** aufgetaucht, die auf grünem Wasserpapier gedruckt sind, und auf denen der ursprüngliche Betrag von 20 Millionen in 20 Billionen M. abgeändert ist. Die Papierlinien der Buchstaben sind zum Teil verstärkt und in grüner Farbe ausgeführt. Von den 20-Billionenscheinen der Reichsbahn ist nur eine geringe Anzahl im Umlauf, die auf einem Wasserwertzeichenpapier gedruckt sind.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verfügung des Reichsarbeitsministers, wonach aufgrund der Verordnung über **Erwerbslosenfürsorge** vom 1. 11. 23 die **Landesbehörden ermächtigt** werden, für das ganze Gebiet des Landes oder einzelner Landesteile anzuordnen, daß **Darlehnsunterstützungen an Unternehmungen gegeben werden können**, die ganz oder teilweise ihren **Betrieb stillgelegt** haben. Die betr. Unternehmungen müssen sich verpflichten, den Betrieb wieder aufzunehmen und in ihm mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Bei der heutigen Abstimmung über die **Grundsteuerverordnung im preußischen Staatsrat** stellte sich **Beschlußunfähigkeit** heraus. Die Entscheidung fällt daher erst in der nächsten Staatsratssitzung, die nach der Einbringung des Staatshaushaltes stattfinden soll.

WTB **Düsseldorf**, 25. Jan. Nach den Düsseldorfer Nachrichten hat in St. Tönis ein Kutscher, der schon verschiedentlich in einer Irrenanstalt war, einer mit ihm an derselben Stelle beschäftigten Hausbälterin mit einem Küchenmesser den **Hals durchschnitten**. Der Täter wurde verhaftet.

WTB **London**, 25. Jan. Da die Leiter der **Eisenbahngewerkschaften** es ablehnten, den Spruch des Schiedsgerichtes anzunehmen, erklärte die Streikleitung, daß der **Streik** zu ihrem Bedauern **weiter geführt** werden müßte.

WTB **Berlin**, 25. Jan. Laut Vorwärts hat das Sekretariat der Arbeiterinternationale in London der **Moskauer Internationale ihr Beileid zum Tode Lenins ausgesprochen**.

WTB **London**, 25. Jan. Das **neue Kabinett** hielt heute seine erste Sitzung ab. Es wurden vorläufige Beschlüsse über eine Reihe von Fragen gefaßt, darunter über die **Arbeitslosigkeit**, den **Wohnungsmangel** und die Unterbringung der **Kriegsteilnehmer**.

WTB **München**, 25. Jan. In den letzten Tagen wurden mehrere Führer der **nationalsozialistischen Partei in Nürnberg in Schutzhaft genommen** und nach Landsberg überführt. Nach den Münchener Neuesten Nachrichten handelt es sich um den früheren Hauptlehrer Franz Strack, Lehramtskandidaten Weiß und den Major a. D. von Bois.

WTB **London**, 25. Jan. Der diplomatische Berichterstatter der Daily News meldet, es werde allgemein angenommen, daß nach der **Anerkennung Rußlands durch die neue Regierung das Mitglied der Arbeiterpartei O. Grahy** der erste britische Botschafter in Moskau sein werde.

WTB **Paris**, 25. Jan. Reichsbankpräsident Dr. **Schacht** ist gestern nachmittag vom Vorsitzenden der Reparationskommission Barthou empfangen worden.

WTB **Paris**, 25. Jan. Nach dem New York Herald beabsichtigen die dem Komitee **Mac Kenna** angehörigen englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen den Rest der Woche in ihren Ländern zu verbringen, um sich bei ihren Regierungen weiter zu informieren. Dienstag oder Mittwoch werden sie nach Berlin abreisen. Der amerikanische und französische Delegierte wird von einigen Mitgliedern des Sekretariats der Reparationskommission begleitet sein.

WTB **Essen**, 24. Jan. Nachdem bereits vor mehreren Tagen **980 Wohnungen** für **französische Beamte und Offiziere** gefordert sind, werden nunmehr nochmals 581 Wohnungen für Unteroffiziere gefordert.

WTB **Paris**, 25. Jan. Der Unterausschuß des **Sachverständigenausschusses** hat heute von 10—11 Uhr vormittags getagt. — Ein parlamentarisches Nachrichtenbüro will wissen, daß die **Kammerwahlen** am 4. Mai stattfinden werden.

WTB **München**, 25. Jan. Der **Hitler-Prozeß** findet in München statt. Die Verhandlungen werden am 8. Februar im Sitzungssaale des Amtsgerichtes beginnen.

WTB **München**, 25. Jan. Der **Reichspostminister Höfle** hat heute Veranlassung genommen, wegen der bevorstehenden Einbringung des **Reichspostfinanzgesetzes** sich mit dem bayrischen Ministerium zu besprechen. An den Besprechungen nahmen teil, der Ministerpräsident, der Handelsminister, sowie auch mehrere Führer der Koalitionspartei.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. J. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Paul Fischer in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Rindviehversicherungsverein Olpe.

Die diesjährige

ordentliche Generalversammlung

findet **Samstag, den 26. Januar, abends 8½ Uhr in der Wirtschaft Peter Gummersbach mit folgender Tagesordnung statt:**

1. **Rechnungslage.**
2. **Wahl der Rechnungsprüfer.**
3. **Wahl des Rendanten.**
4. **Verschiedenes.**

Um vollzähliges Erscheinen bittet

(†229) **der Vorstand.**

Reine Wollgarnsocken

liefert am billigsten

Strickerei Hecker-Steins Heinsberg

Preise frei. (††

Männer- u. Altersabteilung

Freitag, den 25. d. Mts., abends 8¼ Uhr wichtige Besprechung in der Turnhalle.

Mehrere

Platzvertreter

für einen sehr gut eingeführt. konkurrenzlosen

Trocken-Feuerlöschapparat

für sofort gesucht.

Offerten unter Nr. †1230 an die Geschäftst. ds. Bls.

KL

Kaiserhof-Lichtspiele

Olpe i. Westf. Martinstr. 24

Samstag, den 26., und Sonntag, den 27. Januar,

V. Teil

des mit grossem Beifall aufgenommenen Zirkus-films

Der Zirkus-König

Der Rachen des Todes.

6 spannende Akte.

Ausserdem

der grosse Ausstattungsfilm

Die Sängerin.

Nach einer Novelle von Wilhelm Hauff.

5 Akte.

Anfang: Samstag und Sonntag abend 8½ Uhr. Sonntag nachmittag 4½ Uhr.

Kaufe laufend

Grubenhölzer

aller Dimensionen oder dazu passende

Waldbestände.

Hub Reuter

Lichtringhausen-Attendorn.

(e95) — Fernruf 181 —

2 neue Breit-Dreschmaschinen,

1,80 mm Krummenlänge mit und ohne Schüttler, eine gebrauchte gut erhaltene

Stiftendreschmaschine

für Göpel und Motorbetrieb geeignet, eine gebrauchte

Scheibenschrottmühle

billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftst. d. Bls. (††230)

Für sofort fleißiges, ehrliches

Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, gesucht in einem kleinen Haushalt (2 Personen).

Wo, sagt die Exped. ds. Bls. (††227)

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.

Heinr. Reperich,

Schäftemacherei,

Olpe, Winterbergstr. 53.

Kath. Gesellenverein Olpe.

Montag, den 28. Jan., abends 8 Uhr, findet die

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl, 4. Verschiedenes.

Ehrenmitglieder wie Mitglieder sind ein geladen.

Der Vorstand.

Sonntag ist keine Versammlung. (†234)

An Alle!

Sind Sie ein Freund?

des Films, dann haben wir Ihnen nichts zu sagen,

Sind Sie ein Feind?

so können wir Sie durch Wort und Schrift nicht überzeugen, aber wir werden Ihnen durch die Tat beweisen, dass Ihre Kinogegnerschaft entweder auf einem Irrtum, oder auf einem Vorurteil beruht.

Ein Markstein

in der Geschichte der Kinematographie ist der Film:

„Der Rhein"

in Vergangenheit und Gegenwart.

7 Akte. von Prof. Dr. F. Lampe und Dr. Züro. 7 Akte.

Historische Bilder: F. Baron. Photographie: C. Helling.

Diesen Männern, welche sich um die Herstellung dieses herrlichsten aller Filme bemüht und dadurch der ganzen Welt bewiesen haben, dass der Film nicht allein ein Unterhaltungsmittel sondern vor allem ein nicht zu unterschätzender Kulturfaktor ist, möchte man dankbar die Hände schütteln, wenn man die herrlichen Bilder vom rebenumkränzten Rhein aus Vergangenheit und Gegenwart an sich vorüberziehen sieht. Der Strom mit seinen Bergen und Burgen die Lieblichkeit des rebenumkränzten Geländes, die Wucht des Grossgewerbes und Riesenverkehrs, die Gestalten aus Sage und Dichtung, aus hartringender Gegenwart oder aus vergangener Geschichte, das ist es, was wir sehen wollen, wenn auf der Leinwand der Filmtitel der Rhein aufleuchtet.

nigrin



Putzste Stiefel
Merkste gleich
Nigrin hält
Das Leder weich

Sie kaufen bei uns

auf Kredit

gegen bequeme 14-tägige und monatliche

Teilzahlungen

alle Bekleidungsgegenstände für Herren und Damen, vom Kopf bis zum Fuß, ferner Berufskleidung, Herren- und Damenwäsche, Tisch- u. Bettwäsche, Weißwaren, fertig und vom Stück, wollene und baumwollene Stoffe, Schuh- und Lederwaren aller Art usw. usw. von den einfachsten bis zu den elegantesten Ausführungen. Gut und preiswert! Ware wird bei der ersten Anzahlung sofort geliefert. Schreiben Sie uns, was Sie zu kaufen wünschen, und Sie erhalten sofort Katalog und Versandbedingungen gratis und franko. (††226)

August Rettig G. m. b. H.,

Berlin 2548,

Insbruckerstr. 18.

Kath. Kirchenchor

Heute fällt die Gesangstunde aus. (††228)

Motto: Wie auch das Los des Schicksals fällt
Dank denen, die dich heiter machen;
Denn das Gesündeste auf dieser Welt
Ist, ab und zu sich krank zu lachen!

Volksbildungs-Verein Olpe

(Kath. Vereinshaussaal)

Dienstag, den 29 Januar, abends 8 Uhr

Fritz Reuter-Abend **Gastspiel** Fritz Reuter-Abend

des erfolgreichen Onkel Bräsig-Darstellers

Anio Melzer, Wiesbaden

Mitglied d. Gesellschaft für Volksbildung, Berlin, Inhaber der goldenen Fritz Reuter-Medaille.

Onkel Bräsig in Berlin

Die Perle goldenen Humors!
Charakterstudie im Kostüm!

Onkel Bräsig	Der Schutzmann
Bankier Bezbacher	Der Kellner
Der Polizeipräsident	Der Referendarius
Der Gefängniswärter	Der Photograph

Tübinger Chronik: Melzer bereitete gestern den Tübingern einen seltenen Genuß, er bot etwas noch nicht Erlebtes.

Schwäb. Volksztg., Ulm: Melzers Meisterleistung „Onkel Bräsig" wird dem Publikum unvergeßlich bleiben.

Regensb. Neueste Nachr.: Man hatte das Gefühl etwas Außerordentliches, Einzigartiges erlebt zu haben. Melzer ist eine köstliche Spezialität usw.

Karten à 1,— M. u. Schülerkarten 0,50 M. Vorverkauf bei Schöne, Marx u. Frerichmann sowie Abendkasse.

Ein Inserat im. SB hat stets Erfolg



Die ganze Welt
spart Zeit und Geld,
weil sie zum Schuhputz
Erdal wählt.

Erdal

Werner & Mertz A.-G. Mainz